Nr. 286. 16. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3273) ohne Bringegeld viertelj. M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Sonntag, den 7. Dezember 1902.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Wilhelminenstr. 11, pt. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen.

**Hierzu drei Beilagen und das illustrirte Unterhaltungsblatt**

**„Die Neue Welt“.**

## Parlamentarische Guillotine.

Die Mehrheit der Beutepolitiker im Reichstage hat „Blut geleckt“ und dürstet nach mehr. Sie schreitet von Gewaltstreich zu Gewaltstreich, und Einer überbietet den Anderen. Erst der Antrag Aichbichler, der den Namensaufruf beseitigte; dann der Antrag Kardorff, der gegen tausend Zollpositionen zusammenfaßte, um sie mit einem Male im Ramsch durchzudrücken; dann das brutale Niederstimmen der Minderheit, so daß dieselbe verstummen mußte; dann die Ausschließung Singer's von der Sitzung; dann die Entziehung des Wortes bei sozialdemokratischen Rednern und nunmehr auch noch die neueste Umänderung der Geschäftsordnung, die dem Präsidenten eine vollständige Diktatur überträgt und ihm die Befugniß giebt, Debatten über die Geschäftsordnung zu verhindern oder, wenn sie zugelassen, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken. Daß der Antrag auf die rücksichtsloseste Weise durchgesetzt werden wird, darüber kann kein Zweifel bestehen. Konservative, Nationalliberale und Zentrum nebst Anhängseln ziehen zusammen am Karren der Reaktion. Das Recht, das hier brutal zertreten wird, ist nicht nur ein Recht der Abgeordneten, sondern ein Recht des Volkes; denn indem sich die Abgeordneten jederzeit zur Geschäftsordnung melden konnten, waren die Minderheiten davor geschützt, gänzlich mundtodt gemacht zu werden; sie konnten ihre Beschwerden stets anbringen. Das soll nun anders werden. Die Glocke des Präsidenten schließt jedem Redner, welcher bei der Mehrheit „mißliebig“ ist, sofort den Mund, sofern nicht der Herr Präsident so gnädig sein und eine Redezeit von fünf Minuten verstatten will.

Die Junker lechzen nach der Beute und strecken gierig die Hände darnach aus — sie wollen sich nicht mehr zurückhalten lassen. Jetzt wird der Widerstand von einer terroristischen Mehrheit schonungslos niedergetrampelt und es kommt ihr nicht darauf an, ob die durch widerrechtliche Beschlüsse mehrfach gebrochene Geschäftsordnung noch an Haupt und Gliedern verstümmelt wird.

Mit Ausnahme einer kleinen Gruppe, der Freisinnigen Vereinigung, leistet der feige Liberalismus der Reaktion Vorspann. Die Nationalliberalen haben den Antrag auf Errichtung einer parlamentarischen Guillotine gleich mit unterschrieben. Die Partei der politischen Heuchelei hört wenigstens für einen Augenblick auf, zu heucheln, und proklamirt die Gewalt gegen die Minderheit. Die Unentwegten, wie Engen Richter, sind der Opposition heimtückischer Weise in den Rücken gefallen, während diese einer grimmigen, tobenden Mehrheit die Stirn bieten mußte. Die „demokratische“ Volkspartei aus Schwaben, die Agrarier in ihren Reihen zählt, hat durch Abwesenheit und Gleichgültigkeit die Opposition zu schwächen gesucht.

Nun, das wird sich rächen; die Reaktion wird den bürgerlichen Liberalismus bald erreichen, der sich so feige, unfähig und verrätherisch gezeigt hat. Dann wird man das gewohnte Jammergeheul hören und die Freisinns-Helden werden der Sozialdemokratie alle Schuld an dem Unheil aufpacken wollen. Hätten sie mannhaft mit der Sozialdemokratie Schulter an Schulter gekämpft, so hätte der feindliche Angriff abgeschlagen werden können. So von vorn und im Rücken angegriffen, hatte die unbeugsame Opposition, die keine 70 Mitglieder zählt, einen schweren Stand.

Zu Weihnachten, wenn die Festglocken läuten und wenn es von den Kanzeln tönt. „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ soll dem deutschen Volke der Hungertarif als Festgabe bescheert werden.

Ob es dahin kommen wird — nun, die Beutepolitiker sind voll froher Hoffnung, die sie aus der Feigheit und Gesinnungslosigkeit des Liberalismus geschöpft haben! Wir werden ja sehen, wie der Gang der Dinge sein wird!

Der Stein der Reaktion ist im Rollen. Er wird nicht stehen bleiben, denn das ist ein historisches Gesetz, daß er weiter rollt. Auch in der politischen Bewegung giebt es ein Beharrungsvermögen. Die von dem Drang nach Beute zusammengeschweißte Mehrheit wird ein Kartell werden — gegen die Sozialdemokratie. Ein Kampf beginnt auf der ganzen Linie und von allen Seiten wird zum Angriff geblasen. In diesem Kampfe wird die Sozialdemokratie allein stehen, denn der Niedergang und der Verfall der bürgerlichen Opposition war noch niemals so offenbar wie heute.

„Allein?“ Nein, nicht allein! Denn mit der Sozialdemokratie, die den Kern der großen sozialen Bewegung unserer Zeit bildet, gehen Millionen von klassenbewußten Arbeitern. Das ist eine Macht, und keine Gewalt dieser Erde kann sie überwältigen, wenn sie zusammenhalten. Und sie werden zusammenhalten, aneinander geschmiedet durch die eisernen Klammern der Nothwendigkeit, der Thatsachen, der gemeinsamen Interessen, des gemeinsamen Elends und des gemeinsamen Zornes gegen die Entrechtung, Ausbeutung und Unterdrückung, die ihnen widerfährt. Und in dem nun entbrennenden großen Kampfe werden neue Hunderttausende, neue Millionen zum Klassenbewußtsein erwachen und die soziale Bewegung verstärken, bis sie endlich stark genug ist, um mit ihren Feinden fertig zu werden.

Darum sehen wir Allem, was kommen wird, mit Ruhe entgegen, weit ruhiger als unsere Widersacher, die selbst nicht mehr an ihre Sache glauben und die wohl wissen, daß sie mit ihren Gewaltstreichen nur die Sympathie des Volkes für die Sozialdemokratie verdreifachen. Aber sie wissen eben keinen anderen Weg und so betreten sie diesen in der Verzweiflung, obschon sie sehen, daß er eine schiefe Ebene hinabführt.

Was wollen sie? Nun, die Nationalliberalen stehen noch manchmal unschlüssig da, aber sie werden von den hartgesottenen Reaktionären im Zentrum und auf der Rechten geschoben. Sie haben auch nicht begriffen, daß ihre volksverrätherische Haltung von früher ihre Partei auf den Hund gebracht. Sie sind mit Blindheit geschlagen und werden sich ganz verderben. Es wird ihnen gelingen.

Die entschlossenen Reaktionäre wollen natürlich nicht beim Umsturz der Geschäftsordnung des Reichstages stehen bleiben. Nachdem sie die Opposition geknebelt, wollen sie weiter gehen. Schon brüllt die Junkerschaft im Lande draußen nach dem Umsturz des Wahlgesetzes, nach Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts. Die Sozialdemokraten müssen aus dem Reichstage hinaus! So lautet die Parole. Die Schlot- und Krautjunker wollen mit einigen Bureaukraten und Pfaffen unter sich sein und ihr Schäfchen scheeren, ohne durch die ungemüthlichen Reden der Sozialdemokraten gestört zu sein.

Wir leben in der Aera des parlamentarischen Staatsstreichs. Staatsstreiche untergraben stets den Boden, von dem sie ausgehen. Als Louis Napoleon, zum Entzücken der Reaktionäre von ganz Europa, seinen Staatsstreich machte und die alte Gesellschaft „rettete“, da sagte der greise Guizot, der etwas gelernt hatte:

„C'est le triomphe complet et définitif du socialisme.*) Dies Wort wurde von Napoleon und seinen Glücksrittern verlacht. Neunzehn Jahre später war das Reich des glücklichen Staatsstreichlers verschwunden und heute ist in Frankreich der Sozialismus eine in vielen Dingen vollkommen ausschlaggebende Macht.

Wer daraus etwas lernen kann, der mag es thun. Junker, Pfaffen und Bourgeois werden freilich nichts daraus lernen.

*) Das ist der vollendete und endgültige Triumph des Sozialismus.

## Von der Weltbühne.

**Aus dem Reichstage.** Berlin, 5. Dezember. Wie die vulkanischen Eruptionen durch Pausen unterbrochen werden, so auch die parlamentarischen. Schon die gestrige Dauersitzung, in der zwischen Beginn und Schluß ein Zeitraum von 13½ Stunden lag, mußte für die aktiven Abgeordneten eine Periode der Abspannung bringen. Die Mehrheit ist freilich nicht aktiv, sondern begnügt sich damit, in der Restauration zu sitzen und sich Jagd- und ähnliche Abenteuer zu erzählen, oder im Zeitungslesesahl die Zeitungen aus der Heimath zu studiren. Schon ein Blick auf die auf den Tischen liegenden Blätter beweist, daß seltene Gäste im Hause anwesend sind. Provinzblätter, die sonst nur dann aus den Fächern genommen werden, wenn sie nach dem Speicher geschafft werden sollen, werden gelesen, denn aus dem heimathlichen Winkelblatt erfährt man doch, wie viel Hasen bei der letzten Treibjagd geschossen sind, und wüthend flucht der Nimrod auf die Sozialdemokraten, die ihn hinderten, dabei zu sein.

Nur so läßt es sich erklären, daß die Wuth der Agrarier und der Zentrumsleute bis zur Siedehitze steigt, wenn sie auch nicht die Reden im Saal anhören. So lange gesprochen wird, ist der Saal leer, und nicht selten, wenn die seltenen Gäste beim Lesen ihres Leiborgans eben bei einer Pointe angelangt sind, werden sie von der Klingel, die anzeigt, daß eine Abstimmung stattfindet, aufgeschreckt; sie müssen nach dem Saal laufen und die Karte abgeben, deren Abgabe von den Führern anbefohlen wird.

Die heutige Sitzung verlief sehr ruhig. Die Referate über die Positionen der chemischen Industrie wurden erstattet. Eine Anzahl Anfragen wurden an die Referenten gestellt. Das ist jetzt die Form, in welcher einige Sachen aus der Kommission zur Sprache gebracht werden können. Die sachliche Debatte wird durch die Ulkanträge des Herrn Konsistorialraths Stockmann verhindert. Heute wurde aber schon vor 5 Uhr die Vertagung beantragt. Einige Tage zur Hasenjagd wollen die Vertreter der Mehrheitsparteien haben. Sie wollen heute heimreisen und am Sonnabend und Montag nicht sitzen. Dienstag soll wieder ein Stück Geschäftsordnung vernichtet werden und dann sollen wieder einige Dauersitzungen mit Abstimmen über den Zolltarif ausgefüllt werden. Es wäre eigentlich sehr einfach, wenn man die Geschäftsordnung dahin abänderte: Jedem Abgeordneten, der nicht nachweisen kann, daß er aus der Annahme des Tarifes persönlichen Vortheil hat, ist das Reden über den Zolltarif verboten.

**Der Antrag Gröber-Bassermann,** der, wie wir schon gestern belegten, im Reichstag die Diktatur des Präsidenten proklamiren will, damit dieser bei der Einheimsung der Zollbeute hülfreiche Hand leisten könne durch eine Vergewaltigung der Minderheit, ist von 43 Konservativen, 20 Mitgliedern der Reichspartei, 90 Zentrumsabgeordneten, 44 Nationalliberalen, 9 Antisemiten und 13 Fraktionslosen unterschrieben, hat also die Mehrheit schon für sich und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie alle Kräfte daran setzen wird, ihn im beschleunigten Tempo durchzudrücken, um endlich ungehindert von der Opposition den Zollraub in Sicherheit zu bringen.

Daß der Antrag den Parlamentarismus überhaupt umbringt und die Willkür der Mehrheit proklamirt, darüber kann nirgend Zweifel bestehen. Treffend sagt die „Voss. Ztg.“, der Antrag sei geeignet, die Minderheit plattes bings mundtodt zu machen. „Das ist ohne Weiteres aus einem Beispiel zu erkennen. Angenommen, ein Abgeordneter verlange das Wort zur lex Heinze, § 3. Der schneidige Präsident verweigert ihm das Wort. Er übersieht stetig und beharrlich seine Meldung. Da verlangt der Abgeordnete das Wort, um sich zu beschweren. Er kann das nur, indem er sich „zur Geschäftsordnung“ meldet. Nach dem Antrag Groeber-Bassermann aber wird das Wort zur Geschäftsordnung „nur nach freiem Ermessen des Präsidenten“ ertheilt. Der Präsident ertheilt es nicht, folglich ist der Abgeordnete mundtodt gemacht. Auf diese Weise kann der Einzelne wie eine ganze Partei nicht nur für einen Tag, sondern für eine ganze Session, auch für die ganze Legislaturperiode mundtodt gemacht werden. Es braucht nur an der Spitze des Reichstags ein „starker Mann“ zu stehen, der nach der Anweisung der „Kreuzztg.“ handelt: „Il faut museler la bête“, man muß der Bestie den Zaum, den Maulkorb anlegen.“

An anderer Stelle sagt dasselbe Blatt: „Mit diesem Antrag Gröber-Bassermann wird die Axt an die Wurzel des Parlamentarismus gelegt. Er ist gemeingefährlicher als Alles, was bisher im Kampf um den Zolltarif hüben oder drüben gesündigt worden ist.“

Der „Vorwärts“ nennt den Antrag zutreffend die Proklamirung des parlamentarischen Standrechts. „Das ist keine Revolution, die auch in ihren blutigen Formen die Ehrfurcht vor dem Recht niemals verloren hat, das ist die „Politik“ des Schinderhannes.“

## Gegen den Umsturz von oben,

wie ihn die Zollwuchermehrheit im Reichstage betreibt, soll

**Dienstag, 9. Dezember, Abends 8½ Uhr,**

**seitens der Hamburgischen Bevölkerung**

**Protest**

**erhoben werden!**

Niemand fehle in den zu diesem Zweck einberufenen Volks-Versammlungen!

**Nieder mit den Umstürzlern!**

**Hoch die Volksrechte!**

**Gegen die summarische Abschlachtung des Zolltarifs,** wie sie mit dem Antrage Kardorff beabsichtigt wird, macht sich in den Reihen der Nationalliberalen, soweit dort Habgier und Unterdrückungsfanatismus noch nicht den Verstand umnebelt haben, entschiedener Widerspruch geltend, der ja in erster Linie Parlamentshelden der Nationalliberalen trifft. Dem Kammergerichtsrath Dr. Karsten folgt Professor Metger, der der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses angehört. Er schreibt über „Die Gefahren des Antrags Kardorff“ im „Tag“ unter Anderem:

„Ebenso schwere Bedenken wie gegen seine Berechtigung erheben sich auch, wenn man die Folgen erwägt, die aus dem Antrag Kardorff entstehen können. In der Vorlage, so wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, ist eine Reihe von Positionen enthalten, die dringend der Korrektur bedürfen, weil sie die Interessenten empfindlich schädigen, ja unter Umständen deren Existenz bedrohen. Ich erinnere nur an den vielumstrittenen Quebrachozoll, der im Stande ist, die blühende Lederindustrie in schwere Bedrängniß zu bringen; ferner an den Zoll auf Pflastersteine, der zahlreichen Städten große Opfer auferlegt, daneben aber auch die Segelschifffahrt, die schon so hart um ihre Existenz zu ringen hat, auf's Neue belastet. Nicht minder anfechtbar ist der Zoll auf Leinsaat, den zu tragen die Oelmühlen absolut nicht im Stande sind, und der sie daher dem Ruin preisgeben würde. Hat doch auch die Reichsregierung den Beschlüssen der Kommission in zahlreichen Fällen ein mehr oder minder entschiedenes „Unannehmbar“ entgegengestellt. Es würde unrecht sein, wenn man den Kreisen der Interessenten, die durch solche Zölle geschädigt werden, nicht einmal gestatten wollte, ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen und so vielleicht den Schaden von sich abzuwehren. Aber die Bedeutung des Antrags Kardorff geht weit über seinen nächstliegenden Zweck hinaus. In der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses lautet die fragliche Bestimmung genau so wie in der des Reichstages. Nun liegen im preußischen Landtage die Verhältnisse für die liberalen Parteien sehr ungünstig, da die Konservativen mit dem Zentrum zusammen die große Mehrheit bilden. Durch eine klerikal-konservative Koalition wird daher die Linke bei den Abstimmungen total an die Wand gedrückt. Sie kann nur dadurch Einfluß gewinnen, daß sie auf Grund der Verhandlungen die gebildeten Stände, von deren Stimmung der Gang der Politik abhängig ist, auf ihre Seite zu bringen sucht. In der That gelang es ihr ja auch, das Schulaufsichtsgesetz gegen die Mehrheit im Landtage zu Fall zu bringen. Das mächtige Hülfsmittel der öffentlichen Rede im Parlament wird der Opposition ganz oder zum Theil entwunden, wenn die Diskussion in der summarischen Weise, wie es der Antrag Kardorff will, abgekürzt werden kann. Daß eine klerikal-konservative Mehrheit von einer solchen Befugniß unter Umständen Gebrauch machen würde, kann nicht wohl bezweifelt werden. — Dies ist wohl auch einer der hauptsächlichsten Gründe, weshalb man in den Kreisen der nationalliberalen Partei außerhalb des Reichstages theilweise mit so großer Lebhaftigkeit gegen den Antrag Kardorff aufgetreten ist. Der von anderer Seite gemachte Vorschlag, man möchte doch versuchen, ohne den Antrag Kardorff zu einer Verständigung zu gelangen, verdient daher volle Beachtung und würde, wie es den Anschein hat, auch beim Zentrum Zustimmung finden. Dann könnte durch eine zweckmäßige Abkürzung der Verhandlung unter Zusammenfassung solcher Positionen, die materiell zusammengehören, der Boden für eine sachgemäße Diskussion gewonnen werden, und es wäre dadurch den turbulenten Szenen im Reichstage, die ebenso unerfreulich als unersprießlich sind, ein Ende bereitet.“

Professor Metger scheint immer noch zu glauben, daß die Zollwuchermehrheit noch für Vernunftgründe zugänglich sei. Da fehlt es aber eben. Sie trampelt schon mit einer wahren Wollust auf den Rechten der Minderheit herum und macht den ganzen Parlamentarismus zur Karrikatur. Sie operirt nur noch mit der Zahl ihrer Stimmen. Vernunft und Anstandsgefühl haben sie völlig verlassen.

**Ueber die Kündigung der Handelsverträge** gehen gegenwärtig allerlei unkontrolirbare Gerüchte um. In Reichstagskreisen wurde am Freitag nach der „Volks-Ztg.“ erzählt, daß die Verhandlungen über neue Handelsverträge schon so weit fortgeschritten seien, daß die meisten alten noch im Laufe dieses Jahres gekündigt werden könnten. Einer sei bereits gekündigt, und der mit Oesterreich-Ungarn werde in aller Kürze gekündigt werden. Wahrscheinlich werde ein neuer russischer Handelsvertrag noch im Laufe dieser Session dem Reichstage vorgelegt werden.

Diese Nachricht erscheint uns zweifellos unrichtig zu sein. Die Regierung müßte die Schwierigkeit ihrer Position in solchem Falle vollständig verkennen, wenn sie vor Erledigung des Zolltarifs die Handelsverträge kündigen wollte. Sie würde sich damit den Zollwucherern auf Gnade oder Ungnade ausliefern. Aber die Kündigung soll nach der gestern mitgetheilten Auslassung des „Berl. Tagebl.“ von der Gegenseite ausgehen, weshalb die Regierung den Führern der Mehrheitsparteien erklärt habe, daß das Zolltarifgesetz nebst Zolltarif unter allen Umständen bis zum 23. Dezember, also noch vor Weihnachten, in dritter Lesung verabschiedet sein müsse.

Auch das scheint uns unzutreffend und nur darauf berechnet zu sein, den liberalen Theil der Opposition schwach zu machen. Besonders Oesterreich-Ungarn wird sich hüten, den Vertrag mit Deutschland früher zu kündigen, ehe die deutsche Regierung verhandlungsfähig ist. Uebrigens sind Oesterreich und Ungarn selbst untereinander noch nicht einig.

**Der „gute Ton“ im Parlament** wird trefflich von dem nationalliberalen Placke repräsentirt. Eine Szene, die im Trubel der letzten Tage weniger beachtet wurde, verdient für die Zukunft genauer aufgezeichnet zu werden. Unser Genosse Heine hatte seine Rede gegen den Abg. Stockmann eben beendet, als Herr Placke aufstand und die Worte: „Kann man dem Kerl nicht ein Paar hinhauen?“ rief. Der Abg. Dr. Pachnicke hörte diese Aeußerung, drehte sich empört um und sagte: „Ein solcher Ruf wird aus der nationalliberalen Partei laut. Es ist empörend!“ Auch der Abg. Rösicke-Dessau war Ohrenzeuge der Aeußerung. Auch er wandte sich zu Herrn Placke und rief ihm laut zu: „Herr Placke, so weit sind wir glücklicherweise im Deutschen Reichstag noch nicht!“ Herr Placke versuchte Herrn Rösicke gegenüber eine unglückliche Entschuldigung. Er meinte: „Ihnen würde ich ja am allerwenigsten so etwas anbieten.“ Der Vorfall wurde auf der äußersten Linken bemerkt und die Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung wurden um nähere Auskunft gebeten. Es entstand begreiflicherweise große Erregung und es wäre vielleicht zu bedauerlichen Ausbrüchen der Leidenschaft gekommen, wenn Herr Placke es nicht vorgezogen hätte, schleunigst den Saal zu verlassen. Nach einer ganzen Weile trat Herr Placke, wie erzählt wird, an den Abg. v. Vollmar heran und stellte sich ihm mit den Worten vor: „Mein Name ist Placke. Ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung.“ Abg. v. Vollmar nahm diese Eröffnung mit gutem Humor zur Kenntniß, ohne Neigung zur Kartellträgerei zu bekunden.

**Die Stallerziehung** bricht nicht nur bei den Junkern, sondern auch bei ihren geworbenen journalistischen Landsknechten durch. Sie dokumentirt sich in der Sprache wie auch in der Wahl der Vergleiche, die dem Stall und dem Stallleben entnommen sind. So schreibt heute die „Köln. Ztg.“ in einem Artikel zur Befürwortung des neuen Anschlages auf die Redefreiheit im Parlament:

„Was hilft es, wenn man dem Hunde den Schwanz stückweise abschneidet. Er schreit grade so laut, als wenn man das ganze Ende mit einem kräftigen Schnitt abtrennt, und mehr als schreien kann er überhaupt nicht . . . Einen raschen Schluß wird man im Lande besser verstehen, als daß der Reichstag sich andauernd von den Sozialdemokraten an der Nase herumziehen läßt, als wäre er ein Tanzbär, der auf das Kommando seines Herrn seine Sprünge ausführen muß.“

Wirklich geschmackvoll! Aber die im Stall erzogenen Burschen beschweren sich über den Ton, den die Sozialdemokraten anschlagen.

**Als getreuer Eckart** sucht sich das nie um eine neue Heuchelei, nie um eine neue Muske verlegene Zentrum aufzuspielen, indem es dem Volke zuruft, es solle um Gotteswillen still halten und sich ruhig berauben lassen, denn wenn es sich wehre, dann würden die Scharfmacher herbeieilen und die machten dann unfehlbar dem letzten Rest von Volksrechten den Garaus. So heißt es in der „Köln. Volks-Ztg.“:

„Daß das gesammte Scharfmacherthum mit wahrem Behagen dem jetzigen Treiben zusieht und nur darauf wartet, daß es noch ärger werden möge, damit alsdann wieder mit Gewalt gegen die Sozialdemokraten vorgegangen werde, scheinen die Führer der Sozialdemokratie gar nicht zu merken. Oder fühlen sie sich schon so Herr der Lage, daß sie sich stolz darüber hinwegsetzen zu können glauben? Das wäre eine Verblendung, wie sie kaum jemals erlebt worden ist. Jeder, der offene Augen hat, sieht doch, wie das Scharfmacherthum am Werke ist und Propaganda macht. Wir werden ihm niemals Unterstützung leihen, trotz Allem, was die Sozialdemokratie auch gegen das Zentrum gesündigt hat. Aber sind die Genossen denn so sicher, daß die Scharfmacher niemals das Heft in die Hände bekommen werden? Wir sind es nicht und müßten sagen, daß die Sozialdemokraten selbst schuld wären, wenn ganz empfindliche Zwangsmaßregeln gegen sie ergriffen würden. Die freche Herausforderung aller bürgerlichen Elemente, die sie sich jetzt leisten zu können glauben, übersteigt so alles vernünftige Maß, daß man sich über eine kräftige Reaktion dagegen nicht wundern dürfte.“

Die alte Spitzbubenmahnung: „Laß Dir von mir die Uhr abnehmen und schreie nicht, denn sonst kommt ein anderer Wegelagerer und nimmt Dir auch noch das Taschenmesser weg!“

Daß das Scharfmacherthum im Bunde mit den Brotwucherern einen neuen Angriff machen wird, wissen wir ohnehin. Durch die blecherne Redetrompete ist bereits zum Sammeln geblasen und das Kriegsgeheul ertönt aus allen Ecken und Enden. Deswegen werden wir uns aber doch nicht ruhig plündern lassen.

**Selbst die Hörigen rebelliren!** Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Hildesheim bedauert in öffentlicher Erklärung die Unterzeichnung des Antrages Kardorff durch die Fraktion.

Um das Wagniß der Hildesheimer Nationalliberalen richtig würdigen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß grade in der Provinz Hannover die Nationalliberalen zuerst und am gründlichsten unter die Botmäßigkeit des Bundes der Landwirthe gebracht worden sind. Nun aber wagen sogar diese Hörigen einen Protest!

**Wilhelm II. als Kämpfer gegen die Sozialdemokratie** ist zum zweiten Mal binnen weniger Tage vor die Oeffentlichkeit getreten, beide Mal in Bahnhofsreden. Wie er in Essen mit dem patriarchalisch anmuthenden „Ihr“ und „Euch“ die Krupp'schen Arbeiter aufforderte, gegen die Sozialdemokratie Front zu machen, so hat er am Freitag im Breslauer Bahnhof eine Arbeiterdeputation angeredet und in denkbar schärfster Form zum Kampf gegen die „Agitatoren“ aufgerufen. Wir haben den Wortlaut der Rede nach der offiziösen Wolff'schen Depesche bereits mitgetheilt. Heute haben wir also lediglich unsere Kritik der Rede zu geben. Zu diesem Zweck wird es nöthig sein, die Rede Wilhelms II. in ihre einzelnen Theile zu zerlegen.

Wilhelm II. drückte seine Freude darüber aus, daß die Breslauer Arbeiter sich entschlossen hätten, zu ihm, „ihrem König und Landesvater“, zu kommen. Schon hier befindet sich der Redner in einem auffallenden Irrthum. Die Arbeiter haben sich nicht entschlossen, zu ihm zu kommen; sie sind zu ihm geschickt worden, und zwar formell von einer Anzahl ihrer Kollegen, in Wirklichkeit aber von ein paar Unternehmern, welche die materielle Abhängigkeit der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter dazu mißbrauchten, einen Entrüstungsrummel à la Essen zu inszeniren und späterhin das Reichsoberhaupt durch die „Deputation“ zu täuschen. Es kann zugegeben werden, daß es in Breslau noch vereinzelte Arbeiter geben mag, die thatsächlich nicht Sozialdemokraten sind; es ist auch anzunehmen, daß die Deputation sich aus solch seltenen Exemplaren zusammensetzte; aber die Arbeiter Breslaus oder auch nur einen namhaften Theil derselben zu vertreten, das können die Leute nicht behaupten, ehrlicher Weise nicht. Man pflegt in Arbeiterkreisen solche Leute, die sich von den Unternehmern im Scharfmacherinteresse benutzen lassen, mit Ausdrücken zu bezeichnen, die wir hier nicht wiedergeben wollen. Daß Wilhelm II. über die Reptilien, die bei solchen Vorstellungen angeordnet werden, von seinen Rathgebern nicht schon lange unterrichtet worden ist, zeigt die Qualität dieser Männer.

Nun hat Wilhelm II. gemeint, die Breslauer Arbeiter hätten ihm durch ihr Erscheinen ꝛc. „das Andenken seines seligen Freundes Krupp vorwurfsfrei wahren helfen.“ Mit Verlaub: Das konnte diese Deputation ja gar nicht! Wer von den Breslauer Kaiserbegrüßern ist denn auf Capri gewesen, welcher kann Zeugniß dafür ablegen, daß die über Krupp aufgestellten Behauptungen unwahr sind? Vorläufig schwebt in der Kruppaffäre noch die gerichtliche Untersuchung und ehe diese abgeschlossen ist, unterbleibt eine Stellungnahme für oder gegen Krupp besser. Leute, die Krupp in ihrem Leben noch nie gesehen haben, können nicht als Leumundszeugen für ihn dienen.

Daß die Kruppaffäre Wilhelm II. noch immer sehr beschäftigt, erklärt sich aus den engen Beziehungen des Kanonenfabrikanten und Werftbesitzers zu dem Repräsentanten seines Hauptabnehmers, des Reiches. Aber daß eine Breslauer Arbeiterdeputation irgendwie für Krupps Unantastbarkeit vollgültiges Zeugniß ablegen könnte, ist ausgeschlossen.

Doch das ist ja nur die Einleitung der Rede. Wichtiger ist schon die Behauptung Wilhelms II.:

Euer Stand ist stets Gegenstand meines eingehenden Interesses und meiner Fürsorge gewesen, denn mit Stolz konnte ich im Auslande beobachten, wie der deutsche Arbeiter vor allen anderen angesehen wird — und mit Recht. Ihr dürft freudig an Eure Brust schlagen und Eurer Arbeit und Eures Standes froh sein. Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt worden, durch die für die Arbeiter eine gesicherte, gute Existenzbedingung geschaffen worden ist bis in's Alter hinein unter Auferlegung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Und unser Deutschland ist das einzige Land, in dem die Gesetzgebung in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist.

Es ist einmal das Wort ausgesprochen worden, die